

Während die Lage in Gaza sich weiter zuspitzt, die Hungerblockade der Bevölkerung täglich neue Opfer fordert und die israelische Regierung die vollständige Zerstörung von Gaza City und die weitere Vertreibung der kompletten restlichen Bevölkerung des Gazastreifens in Camps im Süden des Landes beschlossen hat, mehren sich auch die Aktivitäten und Initiativen, die versuchen, sich schützend vor die palästinensische Zivilbevölkerung zu stellen. Eine der radikalsten Ideen kommt dabei von dem britischen Anwalt und Menschenrechtsaktivisten **Ousman Noor**. Er hat die Initiative <u>Protect Palestine</u> gegründet, die für ein internationales militärisches Eingreifen zum Schutz der Bevölkerung und zur Sicherstellung der Hilfslieferungen wirbt. Das Interview führte **Maike Gosch**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

https://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/250826_Und_ploetzlich_wuerde_die_Idee_der Befreiung Palaestinas realistisch Interview mit Ousman Noor Teil 2 NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

In diesem zweiten Teil des Interviews mit den *NachDenkSeiten* spricht Ousman Noor über die Strategie seiner Initiative, die aktuelle internationale Situation, die mangelnde Unterstützung anderer NGOs und die Rolle, die die Global Sumud Flotilla seiner Meinung nach für einen Kipppunkt der pro-palästinensischen Bewegung und den internationalen Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus spielen wird.

Den ersten Teil des Interviews können Sie hier nachlesen.

Maike Gosch: Was sind die strategischen Schritte von Protect Palestine, um eine solche militärische Intervention zum Schutz der Bevölkerung in Gaza auf den Weg zu bringen? Und wo stehen wir in diesem Szenario?

Ousman Noor: Wir befinden uns in einer sehr gefährlichen Phase, da die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UNGA) in etwa einer Woche mit einer hochrangigen Sitzung beginnt. Und es gab einen Versuch Frankreichs, weltweit Unterstützung für eine Stabilisierungstruppe zu mobilisieren, was nach Präsident Macrons Worten ein Schritt in Richtung einer Zweistaatenlösung ist und die Hamas dazu verpflichten würde, alle ihre Waffen abzugeben. Das zeigt, wie das UN-System von mächtigen Staaten kontrolliert und als Instrument benutzt wird, um Unterstützung für etwas zu mobilisieren, an das niemand wirklich glaubt und das niemand als echte Lösung des Problems ansieht.



Aber es wird nun in den nächsten Wochen ein ernst zu nehmender Tagesordnungspunkt sein. Selbst ein Staat wie Frankreich erkennt also zumindest an, dass der Völkermord durch irgendeine Form von militärischer Kraft beendet werden muss. Es wird also langsam Mainstream, zumindest die Diskussion darüber, dass der Einsatz von Truppen notwendig ist, um Israel von seinem Vorgehen abzuhalten. Aber wir glauben überhaupt nicht, dass Frankreich als Vermittler glaubwürdig ist, ebenso wenig wie Saudi-Arabien, wenn es um die Rechte des palästinensischen Volkes geht.

"Das Völkerrecht verpflichtet die Israelis zur Räumung"

Ich möchte daran erinnern, dass es im vergangenen Jahr ein Gutachten des Internationalen Gerichtshofs gab, in dem die Besatzung durch Israel für rechtswidrig erklärt und angeordnet wurde, dass die israelischen Siedlungen und Siedler aus dem Westjordanland, dem Gazastreifen und Ostjerusalem evakuiert werden müssen. Das war ein Gutachten des Weltgerichtshofs, der höchsten internationalen Instanz für Rechtsfragen. Und sie interpretieren das Völkerrecht. Wenn sie also ein Gutachten abgeben, ist es bindend, da sie bestehende Grundsätze des Völkerrechts auslegen. Sie sagten, das Völkerrecht verpflichte die Israelis zur Räumung. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen folgte dem im September 2024 mit einer Resolution, für die, glaube ich, über 130 Staaten gestimmt haben und die den Israelis eine Frist von zwölf Monaten zur Umsetzung gesetzt hat. Diese Frist läuft in zwei Wochen ab. Wenn wir also im Einklang mit dem Völkerrecht und den internationalen diplomatischen Mechanismen stehen wollen, die in internationalen Foren zur Entscheidung solcher Fragen bestehen, dann müssen die Israelis innerhalb von zwei Wochen evakuieren. Richtig? Ich jedenfalls habe keine Anzeichen dafür gesehen, dass sie dies tun werden. Ganz im Gegenteil, das israelische Parlament hat die Westbank zu Judäa und Samaria erklärt, die ihrer Meinung nach Teil Israels sind. Wie sollen wir also das Völkerrecht umsetzen und durchsetzen, wenn es überhaupt keine Staaten gibt, die bereit sind, tatsächlich Durchsetzungsmacht anzuwenden?

"Die härtesten Gegner dieser Kampagne sind nicht die Israelis, sondern die palästinensischen Aktivisten."

Die Strategie für die Kampagne lautet also erstens: Wir hatten einen langen, mühsamen Kampf, um die Vorbehalte der Menschen gegenüber der Anwendung von Durchsetzungsmacht zu überwinden, das war wirklich schwer. Die härtesten Gegner dieser



Kampagne sind nicht die Israelis, sondern die palästinensischen Aktivisten. Ich habe im letzten Jahr Hunderte von Stunden damit verbracht, zu erklären, dass man Durchsetzungsmacht anwenden muss, und diese reflexartige Vorstellung zu überwinden, dass in diesem Fall die Anwendung von Macht zwangsläufig etwas Schlechtes ist. Meine Gesprächspartner konnten die Vorurteile nicht überwinden, die sich durch ihre jahrelange Beschäftigung mit Politik gebildet haben, dass Gewalt bei Interventionen im Nahen Osten etwas Negatives ist, und das aus sehr guten Gründen. Ich sage, dass in diesem Fall das Gegenteil der Fall ist, denn es wäre Gewalt, um Völkermord zu stoppen.

Und es wären nicht dieselben Akteure, die wir gewohnt sind, im Nahen Osten zu sehen, wie Großbritannien und die USA. Wir richten uns mit unserer Kampagne an Staaten, die eine Geschichte der Befreiung vom Imperialismus haben. Die Kampagne, die wir durchgeführt haben, richtete sich in erster Linie an die Haager Gruppe für Palästina (Anm. d. Red.: mehr dazu siehe hier), die aus acht Staaten besteht, die Sie vielleicht kennen, und wir haben verschiedene Briefkampagnen und Social-Media-Kampagnen durchgeführt, die sich an sie richteten.

"Wie Sie wahrscheinlich wissen, sieht die Realität jedoch so aus, dass viele dieser Staaten mitschuldig sind oder zumindest schweigen oder nicht bereit sind, etwas zu unternehmen."

Wir haben unsere Kampagne auch an die Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC) gerichtet, die, glaube ich, 57 Staaten weltweit mit islamischer Bevölkerung umfasst und vor einigen Jahrzehnten als eine Art multilaterales Forum gegründet wurde, um Fragen von gemeinsamem Interesse für islamische Staaten oder Staaten mit islamischer Bevölkerung zu diskutieren. In ihrer Gründungsurkunde verpflichten sie sich politisch, sich für die Befreiung Palästinas von der Besatzung und die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Palästinas einzusetzen. Dies ist tatsächlich in ihrer Gründungsurkunde verankert, worauf sich alle Mitgliedstaaten geeinigt haben. Wie Sie wahrscheinlich wissen, sieht die Realität jedoch so aus, dass viele dieser Staaten mitschuldig sind oder zumindest schweigen oder nicht bereit sind, etwas zu unternehmen. Also haben wir eine Kampagne gestartet, in der wir ihnen gesagt haben: "Ihr habt euch doch überhaupt zu diesem Zweck gegründet, und wenn nicht jetzt, wann dann?" Und wir haben sie gewissermaßen dazu gedrängt, militärischen Maßnahmen zuzustimmen.

Wir betreiben also eine Art Basismobilisierung und kanalisieren die öffentliche Empörung in konkrete politische Lobbyarbeit, um Ergebnisse zu erzielen. Es ist sehr schwierig,



Finanzmittel für diese Art von Arbeit zu bekommen. Ich bin allein und tue, was ich kann. Jetzt haben wir einen Spendenbutton auf unserer Website, und die Leute spenden, was großartig ist, aber wir bekommen keine staatlichen Mittel, keine philanthropischen Mittel, keine Unternehmensmittel. Und es gibt auch eine allgemeine Vorsicht in der palästinensischen Aktivistengemeinschaft, die denkt, dass sie in Schwierigkeiten gerät, wenn sie unsere Lobbyarbeit finanziert, weil wir militärische Intervention fordern, ohne zu erkennen, dass wir eigentlich nur die Umsetzung des Gesetzes fordern.

Aber als mir klar wurde, dass wir es mit einem Staat zu tun haben, einer Instanz, die über dem Gesetz steht, wurde mir bewusst, dass man sie nicht aufhalten kann, es sei denn, man setzt Durchsetzungsmacht ein. Es war ein sehr, sehr harter Weg, aber ich hoffe, dass diese Veranstaltung am Samstag mit brillanten Rednern, die über Glaubwürdigkeit, Integrität und Einfluss verfügen, diese Diskussion in Gang bringen und dazu führen wird, dass die Menschen nun über Boykott, Desinvestition und Sanktionen hinausgehen. BDS ist notwendig, aber man muss auch proaktiv das Töten stoppen. Ich hoffe, dass diese Veranstaltung dazu beitragen wird.

Gibt es andere Organisationen, andere NGOs, die Sie unterstützen, oder einflussreiche Personen oder Gremien bei den Vereinten Nationen?

Nein, wir erhalten keinerlei Unterstützung von NGOs. Aber ich freue mich sehr, Ihnen mitteilen zu können, dass wir seit der Ankündigung dieser Veranstaltung weitere Unterstützer gewonnen haben, darunter heute das International Jewish Anti-Zionist Network (IJAN). Wenn Sie sich unsere anderen Unterstützer ansehen, bin ich wirklich sehr stolz darauf: Es sind Yogastudios, Biobauernhöfe, Wellnesszentren. Was sagt Ihnen das? Dass die Basis, die Bevölkerung uns unterstützt. Das sind Menschen, die in ihrem normalen Leben andere Dinge tun, aber sagen: "Ich kann nicht mit gutem Gewissen mein Leben weiterleben, wenn ich nicht die militärische Intervention unterstütze, um diesen Völkermord zu stoppen." Wir machen also Basisarbeit, wir wachsen wirklich von unten nach oben. Und wir haben bereits dadurch verändert, wie Zivilgesellschaft im NGO-Kontext in letzter Zeit funktioniert hat, nämlich häufig von oben nach unten.

Ich habe mich an NGOs gewandt, aber keine davon nahm es ernst. Jetzt haben wir jedoch eine gesunde, wachsende Gemeinschaft von Basisaktivisten und -organisationen, und ich denke, wegen dieser kommenden Veranstaltung werden die Leute sagen: "Das sind nicht nur irgendwelche Leute, das ist der ehemalige UN-Sonderberichterstatter für Palästina, Richard Falk, ein jüdischer Amerikaner, der sich hervorragend mit Palästina auskennt. Es ist schwer, jemanden zu finden, der zumindest über die Geschichte des Völkerrechts in Bezug auf Palästina so gut Bescheid weiß wie er. Wir haben Susan Abelhawa, die bekannte



US-amerikanisch/palästinensische Autorin und Aktivistin, und einige andere unglaubliche Redner. Ich denke, das ist der Grund, warum sich Organisationen wie IJAN und andere jetzt anschließen.

Das war schon immer meine Philosophie: Bei Kampagnen gibt es zwei Vorgehensweisen. Manche Menschen schätzen ein, was realistisch ist, und sagen: "Okay, das ist die Situation, in der ich mich befinde, ich muss innerhalb dieser Situation arbeiten und dort vorankommen, wo ich kann." Für mich hat das nie funktioniert. Der wahre Weg, Menschen zu bewegen, besteht darin, sich eine Situation anzuschauen und zu fragen: "Was ist das Richtige? Kann ich das überprüfen? Ist es wahr? Ist es etwas, an das ich aus Überzeugung glauben kann? Steht es im Einklang mit meinen Prinzipien?" Und wenn die Antwort "Ja" lautet, dann muss man sich für dieses Richtige einsetzen und die Wahrheit sagen. Und genau das habe ich angefangen zu tun, und langsam, ganz langsam, beginnt die Menge, sich in deine Richtung zu bewegen, weil du einen festen Punkt markiert hast.

"Wir müssen es also stoppen. Und das ist mittlerweile keine radikale Aussage mehr."

Anfangs wollte mir niemand zuhören – ich sage das nicht verbittert –, weil es vielen so radikal erscheint, weil wir so lange einer Gehirnwäsche unterzogen wurden. Erstens, indem wir dachten, dass dies ein Krieg sei. Das ist es nicht, es ist die Auslöschung und Vertreibung eines Volkes. Zweitens, indem wir dachten, dass die UN-Generalversammlung oder die UNO in der Lage wären, dies zu stoppen. Das sind sie nicht. Drittens, indem wir dachten, dass verschiedene Boykotte und Desinvestitionen funktionieren würden. Das tun sie nicht. **Wir** müssen es also stoppen. Und das ist mittlerweile keine radikale Aussage mehr. Ich glaube, immer mehr Menschen erkennen das.

Angesichts der aktuellen Lage in Gaza und der täglichen Nachrichten scheint Ihr Vorhaben der Rettung der Palästinenser in Gaza ein Wettlauf gegen die Zeit zu sein. Außerdem scheinen viele der politischen Schritte, die derzeit von westlichen Staats- und Regierungschefs betrieben werden, absichtlich oder unabsichtlich Verzögerungstaktiken zu sein. Wie sehen Sie den Zeitplan für die nächsten Monate?

Es steht ein entscheidender Moment bevor – und das ist nicht die UN-Generalversammlung, sondern die <u>Global Sumud Flotilla</u> mit Hunderten von Schiffen aus Dutzenden von Staaten, und wir sprechen hier von Zivilisten, die Schiffe und Boote chartern. Der Plan ist, dass im



Laufe des Septembers Hunderte von Booten versuchen werden, nach Gaza zu gelangen. Ich denke, das wird ein entscheidender Moment sein für die Möglichkeit, den Völkermord tatsächlich zu stoppen. Denn bei den anderen Schiffen zuvor, von der "Mavi Marmara" über die "Conscience" bis zur "Madleen", handelte es sich jeweils nur um ein Schiff, natürlich mit prominenten Personen an Bord. Aber diesmal werden es Hunderte sein.

Das stellt Israel vor ein logistisches Problem: Entweder sie lassen sie durch oder sie müssen wie Piraten die Menschen an Bord entführen und in Haftanstalten bringen, wie sie es mit den anderen gemacht haben. Ich gehe davon aus, dass dies enorme politische und mediale Aufmerksamkeit erregen würde. Denn wir werden Zeugen sein, wie Hunderte von Menschen aus aller Welt versuchen, Menschen – die gerade ausgerottet werden – mit Lebensmitteln zu versorgen, und Israel sie einfach entführt. Und ich glaube, weil es Hunderte sein werden, wird dies hoffentlich das richtige politische Klima für "Protect Palestine" schaffen – und das ist unser Plan: Eine starke Gemeinschaft, genügend Hebel und genügend Einfluss geschaffen zu haben, um dann zu diesem Zeitpunkt zu Algerien, Tunesien, Spanien, Griechenland und Malta sagen zu können: Schickt jetzt eure Marinen, um den Global-Sumud-Konvoi zu schützen.

Und plötzlich, wissen Sie, würde die jetzt noch unrealistische Idee der Befreiung Palästinas realistisch. Noch ist niemand bereit, das zu tun, kein Staat ist dazu bereit. Aber wenn man das Klima hat, das wir bald erleben werden – wenn Tausende von Menschen, jeder einzelne davon gut vernetzte Aktivisten, professionelle Aktivisten, mit Medienkontakten und Netzwerken auf der ganzen Welt eine riesige öffentliche Debatte darüber entfachen, was passiert –, dann haben wir das richtige Klima, um zu sagen: "Das Mindeste, was ihr tun könnt, ist, die Flottille mit eurer Marine zu bewachen." Das bringt die Diskussion zum ersten Mal dahin, wo wir sie brauchen, nämlich dahin, wo die Staaten dieses Fass überhaupt aufmachen und sagen: "Stimmt, wir sollten unsere Marine einsetzen, um die Flotte zu schützen." Und dann haben Sie das Militär, dann ist es eine militärische Intervention.

Von da an wird unser Engagement noch wichtiger, denn dann werden andere Staaten lautstark Widerstand leisten. Trump wird mit Sanktionen drohen. Die Deutschen werden verwirrt sein, der deutsche Staat wird einfach die israelische Propaganda wiederholen, und wir brauchen diese Koalition, diese Kampagne, die wir aufgebaut haben, um in diesem Moment die Wahrheit zu sagen und zu sagen: "Ja, die militärische Intervention hat die Blockade durchbrochen." Stellen Sie sich die Jubelstürme und die Freude in der gesamten internationalen pro-palästinensischen Aktivistengemeinschaft und in der gesamten arabischen Welt vor, wenn die Nachricht kommt, dass die Sumud die Blockade durchbrochen hat – etwas, was noch nie zuvor gelungen ist. Ich glaube – ich habe ja vor



Kurzem zehn Monate in Jordanien verbracht –, dann wird sich die Stimmung, die derzeit von purem Defätismus und der Gewissheit der eigenen Vernichtung geprägt ist, plötzlich ändern, und ich glaube, dass sich dann echte Aussichten für politische Bewegungen ergeben werden, die tatsächlich das Ende der Besatzung und der Apartheid herbeiführen können.

Vielen Dank für dieses Gespräch.

Titelbild: lev radin / Shutterstock und Ousman Noor

▼

Mehr zum Thema:

Gipfeltreffen der Haager Gruppe: Sechs Maßnahmen, um den Völkermord in Palästina zu stoppen

Der Globale Süden gegen Waffenlieferungen an Israel